

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

42 (16.10.1947)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 42

Mannheim, den 16. Oktober 1947

Preis 15 Pfg.

## Reaktionäre Fassung des Wahlgesetzes

DVP und CDU in Württemberg-Baden die Einpeitscher der Reaktion. — Die beiden Arbeiterparteien allein für Demokratie und Fortschritt.

Die Beratungen im Landtag über das Gesetz zur Neuwahl der Gemeinderäte, Bürgermeister, Kreistage und Landräte beweisen mit erschreckender Deutlichkeit, daß die DVP und CDU die Einpeitscher der Reaktion in Württemberg-Baden verkörpern. Sie haben den Ehrgeiz, dem Wahlgesetz eine Fassung zu geben, das es zum reaktionärsten ganz Deutschlands macht. Geschlossen stimmten sie jeden Antrag der SPD und KPD nieder. Klar ergab sich das Bild, daß allein die beiden Arbeiterparteien die Hüter demokratischer Rechte des Volkes und des Fortschrittes sind.

DVP und CDU lehnten den Antrag der Kommunisten ab, daß bereits ein dreimonatlicher Aufenthalt in der Gemeinde für die Wahlberechtigung genügen solle. Ebenso wurde von ihnen der Antrag niedergestimmt, den Mitläufern kein passives Wahlrecht zu geben. Es tritt der groteske Zustand nunmehr ein, daß diese zwar nach dem Gesetz nicht Polizeibeamte, dafür aber Bürgermeister und Chefs der Polizei werden können. Direktor Schwammburger vom Innenministerium leistete sich in der Debatte bei dieser Angelegenheit eine unverfrorene Frechheit gegen die derzeitigen tätigen Bürgermeister, indem er diese herabsetzte, um die Notwendigkeit zu

begründen, die ehemaligen Nazibürgermeister wieder in Amt und Würden zu bringen. DVP und CDU sorgten dafür, daß der Standpunkt Schwammburgers im Gesetz die Grundlage findet, auch verwirklicht zu werden.

Die Herabsetzung des wählbaren Alters auf 21 Jahre, wie es in einem kommunistischen Antrag verlangt wurde, verfiel der Ablehnung. Gegen die Stimmen der KPD und SPD wurde die Wahlperiode für den Gemeinderat auf 6 Jahre festgelegt. In Anbetracht der noch ungeklärten zukünftigen Gestaltung der Gemeinden, der notwendigen Eingliederung der Neubürger und zurückkehrenden

Kriegsgefangenen, hatte die Kommunistische Partei vorerst eine Wahlzeit von 2 Jahren und anschließend dann als normale Wahlperiode eine solche von 4 Jahren verlangt, wie es auch in einem Antrag der SPD gefordert worden war. Mit der Festsetzung der Wahlperiode auf 6 Jahre wird dem Recht der demokratischen Selbstverwaltung ein schwerer Schlag versetzt. Die Geschädigten sind die Neubürger und Rückkehrer, die nicht vergessen sollen, daß ihre künftigen Rechte durch die DVP- und CDU-Abgeordneten empfindlich beschnitten wurden.

Bei der Amtszeit der Landräte war das Begehren der CDU noch unverdrückt. Auf 9 Jahre sollten diese gewählt werden. Ihr fehlte bei der Abstimmung nur 1 Stimme, was verhinderte, daß ihr Antrag durchkam. Landräte werden für 6 Jahre nunmehr gewählt. Gemeinderat und Kreistag werden in Württemberg-Baden gleichzeitig am 7. Dezember gewählt.

Die Gewerkschaften verfehlen im allgemeinen ihren Zweck, wenn sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems beschränken, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern und ihre organisierten Kräfte als einen Hebel zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse... zu gebrauchen. Karl Marx

## Das Gesicht der Reaktion

Von der Reaktion und ihren Absichten wird oftmals in recht verschwommenen Begriffen geredet. Die Reaktion hat ein konkretes Gesicht. Bei uns nicht weniger, wie anderswo. Die Absicht beispielsweise, mittels Ermächtigungsgesetz der Staatsbürokratie die Möglichkeit willkürlicher Entscheidung auf dem Gebiete demokratischer Grundrechte in die Hand zu geben, hat in Württemberg-Baden deutlich das Gesicht der Reaktion gezeigt. Noch deutlicher wurde dieses Gesicht, als diese Absicht vereitelt wurde, und dann im Landtag DVP und CDU sich bequemen mußten, offen als die Einpeitscher der Reaktion in Erscheinung zu treten. Das reaktionärste Wahlgesetz ganz Deutschlands durchzudrücken, das sich beide Parteien zum Ziele gesetzt hatten, hat den letzten Flitter demokratischer und sozialer Verbrämung, mit dem sie sich umgaben, wie Spreu in alle Winde verwehen lassen. Darüber gibt es keinen Zweifel mehr: DVP und CDU, ungeachtet der Namen, verkörpern in Württemberg-Baden die Reaktion.

Bei dem Vorstoß der Unternehmerkreise, das Ausführungsgesetz über das Mitbestimmungsrecht im Landtag nicht zur Beratung zu bringen und damit seine Verwirklichung zu vereiteln, haben wir nur eine andere Seite des Gesichtes der Reaktion in Württemberg-Baden vor Augen. Wer schrieb jenen besagten Brief an den Ministerpräsidenten Dr. Maier? Wer sammelte die Unterschriften der verschiedenen Unternehmerorganisationen? Wer trommelte, um die ganze reaktionäre Brut für das volksfeindliche Vorhaben mobil zu machen?

Das Schreiben trägt die Unterschrift eines J. G. Liebe-Harkort. Harkort ist aber kein unbekannter Name in den Konzernkreisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Konzernherren und ihre Sprößlinge benutzen in Württemberg-Baden die Freiheit der Demokratie als Freiheit, sie zu sabotieren und ihr den Todesstoß zu versetzen.

Der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Stooß ist ebenso ein Gewächs im Garten der Volksfeinde. Daß er auf einer beachtlichen Sprosse der Leiter steht, die in ihrer Spitze zu Schlange-Schönungen führt, sei nicht vergessen. Daß er sich in einigen Nuancen von diesem unterscheidet, für das sind wir in Württemberg-Baden. Daß er der Mann ist, wie ihn die Reaktion in unserem Lande braucht, hat sich erwiesen, als er sich in voller Breite im Landtag vor den Ernährungsaboteur von Weiler stellte. Nicht nur deshalb, weil er eine Bankrottswirtschaft, sondern weil er damit all die Absichten verteidigte, deren Ziel die Verhinderung der Bodenreform in Württemberg-Baden ist. W.G.

## Die Saarländer

Die heutige französische Regierung hat mit den im Saargebiet durchgeführten Wahlen zwar ein Veto für sich gewollt, aber sie hat alles verhindert, um eine Volksbefragung, in der Frage des Anschlusses mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten zu lassen. Ueber die heutige Stimmung im Saargebiet äußerte sich ein französischer Beobachter, daß die Saarländer im Herzen gute Deutsche seien, abgestimmt aber hätten ihre Mägen.

## Wie sie sich's vorstellen

Auf der letzten Pressekonferenz des Landwirtschaftsministeriums, in der Dr. Eisemann den Bericht zur Woche gab, stellte der Gewerkschaftsvertreter fest, daß die Abteilung Vieh keine Berater einlade, obwohl diese schon lange vom Ministerium bestätigt seien. Bei der Durchführung unpopulärer Maßnahmen aber wolle man jedoch die Gewerkschaften an die Spitze stellen.

## Unternehmeranschlag auf Mitbestimmungsrecht

Schenkt Ministerpräsident Dr. Maier den Scharfmachern sein Ohr? — Mannheimer Betriebsräte gegen die Verschleppung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 22 der Verfassung.

Unter Führung der „Vereinigung der Maschinenbauanstalten“ von Württemberg und Baden haben die Unternehmer-Kreise einen Vorstoß unternommen, die Verwirklichung des Artikels 22 der Württembergisch-Badischen Verfassung zu verhindern. In dem Artikel 22 der Verfassung ist der Arbeiterbetriebe zugestanden. Die Realisierung dieses elementaren Rechtes bedurfte bisher noch eines Gesetzes über entsprechende Ausführungsbestimmungen. Dieses Gesetz zu verhindern ist die Absicht des reaktionären Unternehmer-

vorstoßes in Württemberg und Baden. In einem Brief an den württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Dr. Maier wird dieser beschworen, das Ausführungsgesetz zu Artikel 22 der Verfassung nicht „übereilt“ zur Annahme bringen zu lassen. „Übereilt“ nennen die Scharfmacher, wenn endlich, fast ein Jahr nach Annahme der Verfassung, sich die zuständigen Stellen im Arbeits- und Wirtschaftsministerium mit der Frage des Ausführungsgesetzes und seiner Vorlage beim Landtag befassen. Dies, nachdem das werktätige Volk vor einem Hungerwinter weit schlimmer als die vergangenen steht. Dies, nachdem die verantwortlichen Kreise in Verwaltung und Wirtschaft bisher nur den Nachweis ihrer Unfähigkeit im Wirtschaften und „Größe“ in der Desorganisation bewiesen haben. Dies, nachdem Schwarzer Markt und Kompensationsgeschäft in den Händen des

Unternehmertums zur Geißel des Volkes geworden sind und drohen, sein Tod zu werden. Wenn angesichts dieser Zustände eine Notwendigkeit besteht, dann die, das Mitbestimmungsrecht unverzüglich Tat werden zu lassen. Der Ministerpräsident Dr. Maier hat in seiner Regierungserklärung die beschleunigte Durchführung des Mitbestimmungsrechtes und die Heranziehung des werktätigen Volkes zur Lösung der Lebensfragen versprochen.

Es wirkt um so eigenartiger, wenn der Verdacht nicht unausgesprochen bleiben darf, daß das Schreiben der Unternehmerkreise offenbar nicht ohne Wirkung geblieben ist. Wie wir unterrichtet sind, sollte in der Sitzung des Landtages am 15. Oktober die Frage der Ausführungsbestimmungen zum Artikel 22 der Verfassung auf der Tagesordnung stehen. Es ist dies nicht der Fall. Hat der Ministerpräsident ein empfänglicheres Ohr für die selbststüchtigen Interessen scharfmacherischer Unternehmerkreise, als für die Nöte des Volkes? Wenn es so weit ist, dann ist es schlimm! Dann besteht aber um so dringender das Gebot, daß die Betriebe, die es in erster Linie angeht, entschieden Stellung nehmen und jede Verzögerung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 22 der Verfassung verhindern.

## Das Recht mit eigenen Mitteln erkämpfen

Die Betriebsräte und Vertrauensmänner des Gewerkschaftsbundes Mannheim tagten am Montag im Rosengarten. Die ursprünglich zu einem Vortrag Dr. Cahn-Garniers einberufene Versammlung gestaltete sich zu

einer Kundgebung, nachdem den Funktionären der Gewerkschaften die Treibereien der württembergisch-badischen Unternehmerkreise zur Verhinderung des Mitbestimmungsrechtes bekanntgeworden waren. Mit allgemeiner Empörung wurde die Tatsache zur Kenntnis genommen und kein Zweifel darüber gelassen, daß die Betriebe willens sind, zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes in den Kampf zu treten. In dem Anschlag der reaktionären Unternehmerkreise wurde eine klare Sabotage des demokratischen Aufbaus und der Verwaltung der Wirtschaft gesehen.

Die angenommene Entschliebung lautet: „Die versammelten Betriebsräte und Vertrauensmänner fordern von den im Landtag vertretenen Parteien den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen, die das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in der Praxis auch verwirklichen. Werden diese gesetzlichen Voraussetzungen jetzt nicht geschaffen, dann ist die organisierte Arbeiterschaft gewillt, sich dieses Recht mit den ihr eigenen Mitteln zu erkämpfen.“

Wie wir erfahren, fanden gestern in der Mehrzahl der Betriebe Mannheims Belegschaftsversammlungen statt, die im Sinne der Betriebsräte- und Funktionärskonferenz des Gewerkschaftsbundes verliefen. Der Arbeiterschaft ist es ernst, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. W.G.

## „Er atmet sozialistischen Geist“

Der Marshall-Plan: Zwei Stimmen der SPD und eine aus Amerika

Zu der Äußerung Dr. Schumachers nach seiner Ankunft in New York: „Die Verwirklichung des Marshall-Planes wird die wirtschaftliche Gesundung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas zur Folge haben“, haben sich inzwischen weitere hinzugesellt, die im Marshall-Plan noch mehr sehen wollen. Dr. Cahn-Garnier, jetzt Vertreter der SPD im Wirtschaftsrat, verstieg sich soweit, auf dem Bundestag der Gewerkschaften in Stuttgart zu verkünden, er „atme sozialistischen Geist“. Verantwortungslos kann das werktätige Volk in Deutschland nicht irreführt werden. Wir stellen den Lobpreisaposteln des Marshall-Planes in Deutschland eine Stimme aus Amerika gegenüber. Der bekannte amerikanische Leitartikler John O'Donnell erklärt (nach der „Weltpresse“ zitiert): „Was diese besonders teuren, schnorrenden, bettelarmen Nationen in Europa bedrückt, so sollte man diese ewig zankende, üble Brut übers Knie legen und ihr diese Wahrheit einbläuen: Der Marshall-Plan bedeutet für uns streitender Strolche zahlen müssen.“ Die Verfassung, so meint er, verwas sie versprechen, sei bedeutungslos, wenn der Kongreß „nein“ sage; und selbst, wenn dieser Kongreß zustimme, so würde der nächste bestimmt anderer Meinung sein.

Man kann dieser Auslassung O'Donnells nur noch hinzufügen, was er vergessen hat, oder vergessen wollte, die Frage, für wen die amerikanischen Steuerzahler die 5 Milliarden Dollar jährlich aufbringen müssen. Die Rentite, die Einkünfte dieser Kapitalanlage, sollen den Herren von Wallstreet, dem amerikanischen Finanz- und Monopolkapital, zufließen.

Badische Landesbibliothek



### Anonyme SPD-Pamphlete

Es gibt nicht wenige sozialdemokratische Führer, für deren Tun es nur ein einziges Leitmotiv gibt, nämlich: Der Feind steht links! Sie sind sich dabei des Beifalls aller Reaktionäre in Deutschland sicher, bestimmt ebenso, wie Dr. Schumacher des Beifalls der Wallstreetmagnaten sicher ist, wenn er aus dem Marshallplan eine die Menschheit beglückende Heilsbotschaft macht.

Es sind schon seltene Früchte, die auf dem Boden dieser Haltung gedeihen. Ein halbes Dutzend infamer Pamphlete gegen die KPD und SED scheinen die neueste Frucht zu sein. Sie sind anonym, tragen als Unterschrift: SPD, keinen Lizenzvermerk, sind also auch illegal in den Druck gegeben. Damit allein schon beweisen die Herausgeber, daß sie sich ihrer Schändlichkeit bewußt sind, denn sie dokumentieren damit, für ihre Mißgeburten nicht in der Öffentlichkeit die Verantwortung tragen zu können.

„In der Ostzone wird Schnaps gebraut,“ so heißt es in einem Schmähzettel, und wird am Ende die Frage gestellt: „Was sagt die SEP... was sagen die Kommunisten hier bei uns?“

Wir antworten: In der Ostzone gibt es 3 Zentner, bei uns in der Westzone nur 1 Zentner Winterkartoffeln. Bei uns weiß man offiziell nichts von einem Schnapsbrennen, umso mehr wird er aber geschoben und auch getrunken. Von wem?

Die totgeborene Münchener Konferenz sollte durch einen der Schmähzettel ihre Wiederauferstehung feiern. Es ist ihr zuviel Ehre angetan worden, aber warum sollte man ihr auch nicht soviel Gunst schenken, wenn man dabei das Wort von den „ferngelenkten“ Ostzonen-Ministern anbringen kann. Die Hefe ist zu abgestanden, um noch Blüten zu treiben.

„Die KPD schützte ihn!“, verkündet ein anderes Pamphlet. Hitler ist damit gemeint! Ausgerechnet! Wodurch? Sie haben 1939 ein Attentat auf Hitler vereitelt. Nicht ganz wird das behauptet, aber die Frage ist so gestellt, daß man es mindestens als naiver Leser meinen könnte. Ausgerechnet die Kommunistische Partei, die Zehn- und Hunderttausende von Anhängern während des Wütens der Hitlerdiktatur als Opfer bringen mußte. Dieses Pamphlet ist wahrhaft ein infamer Gemeinheits nicht zu überbieten.

Und dann kommt uns ein Wisch vor die Augen — wir trauen nicht richtig zu sehen — Friedrich Engels wird als Kronzeuge der Spalter angeführt. In den Tagen nach Ziegenhain mutet's wahrhaftig wie ein Wunder an, auf einem SPD-Flugblatt den Namen Friedrich Engels, des Marxisten, zu lesen. Was lesen wir: „Engels gegen die Einheit der Arbeiterklasse“, weil er sich gegen gewisse „Einheitsschreier“ im vergangenen Jahrhundert in einem Brief an Bebel ausläßt. Es ist die Spekulation, daß kaum ein Leser den geschichtlichen Tatbestand, der dazu Veranlassung bot, kennen wird. Die anonymen Pamphletisten der SPD unterstellten, daß niemand bei ihrer Frechheit auf den Gedanken kommen könnte, daß der Sozialist Engels mit den „Einheitsschreier“ eben jene Revisionisten und Reformisten meinte, deren unruhliche Nachfahren sie selber sind. Die Wirkung dieser Verfälschungen und Verleumdungen?

Ein ehrlicher Sozialdemokrat, ob Funktionär oder einfaches Mitglied, schämt sich des Tuns seiner Mitgenossen, die gegen die Kommunistische

## Neubürger!

### Der neue Winter droht!

Eure Notlage wird sich durch die Kälte und die mangelhafte Versorgung mit den notwendigen Lebens- und Gebrauchsgütern noch verschärfen. Eure gerechten Forderungen nach

#### Arbeit, Wohnung, Land und Gleichberechtigung

werden mit scheinheiligen Parolen und Phrasen von verantwortungslosen Elementen erstickt. Die zuständigen Behörden scheitern am zähen Bürokratismus der staatlichen Verwaltungsmaschinerie. In Anbetracht dieser Situation wendet sich die Zonenleitung der Kommunistischen Partei in der amerikanischen Zone in Deutschland an die Neubürger, und ruft Euch auf, rückhaltlos mit den fortschrittlichen Kräften Deutschlands für die Belange der Neubürger einzutreten.

Über zwei Jahre lang hat man Euch mit phrasenhaften Versprechungen seitens der anderen Parteien hingehalten, so daß sich Eure Lage stetig verschlechtern mußte, Euer Geld aufgebraucht wurde. Eure Kleider sowie Haushaltsgegenstände sind abgetragen und verbraucht. Auf amerikanischen Feldbetten verbringen Hunderttausende von Euch die Nächte und ebenso viele arbeiten noch in unwürdigen Verhältnissen.

Anstatt sich ernsthaft für Euch einzusetzen, hetzen verantwortungslose Scheindemokraten in Neubürgerversammlungen gegen die Alliierten, stellen Herrn Wenzel Jaksch als den alleinigen Retter der Sudetendeutschen hin und lassen Euch Kettenbriefe schreiben an den Alliierten Kontrollrat in Berlin.

Damit, Neubürger, wird Eure trostlose Lage nicht verbessert. Denn kein Mensch, keine Verwaltung wird Euch helfen können und helfen wollen, wenn Ihr nicht selbst für Eure gerechten Forderungen eintreten wollt. Stellt einmal an Eure Regierungen die Fragen: Was ist aus dem sogenannten Flüchtlingswohnbauprogramm, aus der arbeits- und berufsmäßigen Umsetzung und aus der wirtschaftlichen Versorgung geworden? Das Echo wird sehr kärglich sein. Um so mehr jedoch sind die Schieber und Schleihändler aktiv.

Gegen sie, gegen die Saboteure der Demokratie wendet sich der Flüchtlingsausschuß der KP in der amerikanischen Zone und mit ihm alle Neubürger. Wir fordern:

- Aufbau und Ausbau neuer Industrien und gewerblicher Betriebe,
- Konsequente Durchführung der Bodenreform,
- Umquartierung in bessere Wohnungen,
- Großzügigen Wohnungs- und Siedlungsbau,
- Durchführung eines gerechten Lastenausgleichs,
- Praktische Herstellung der Gleichberechtigung.

Zur Verwirklichung dieser gerechten Forderungen der Neubürger, die erfüllt werden müssen, fordern wir Euch auf, in den bestehenden Verwaltungen und Ausschüssen die unfähigen und unsauberen Elemente herauszuwählen und in freier, demokratischer Wahl geeignete, Eure Sorgen und Nöte vertretende Bürger und Bürgerinnen unserer Zone zu berufen. Nur so können die Existenzgrundlagen für Euch, für Männer und Frauen, Greise und Kinder, gesichert und der drohende Winter nicht zur Katastrophe werden.

Kommunistische Partei  
Zonenleitung amerikanische Zone, Abt. Neubürgerwesen.

## Funktionärkonferenz der KPD nimmt Stellung

500 Funktionäre der KPD Mannheims beraten über die Aufgaben der Gegenwart. — Vorbereitung der Gemeindewahlen am 7. Dezember.

Vor 500 Funktionären des Stadt- und Landkreises Mannheim der KPD sprach am Samstag, den 11. Oktober, der Vorsitzende des Landesbezirks Nordbaden, Willy Grimm, über die Aufgaben der Kommunistischen Partei im Hinblick auf den bevorstehenden Winter und der Schwere seiner

Lebensprobleme. Das werktätige Volk in Deutschland wird nur bei einer erfolgreichen sozialistischen Realpolitik in der Lage sein, Hunger und Kälte zu bannen. Demokratisierung von Wirtschaft und Staat bedeutet den Kampf gegen den Würgegriff des Schwarzen Marktes und des Kompensationsgeschäftes, den Kampf um die Einschaltung des werktätigen Volkes selbst auf allen Gebieten des Lebens. Im Mittelpunkt dieses Kampfes steht die Durchführung des Mitbestimmungsrechtes.

Genosse Grimm behandelte die internationalen Probleme, die sich in Deutschland schneiden und um Marshall-Plan und kommende Londoner Konferenz gruppieren, unter dem Gesichtspunkt der Ergebnisse und Stellungnahme des zweiten Parteitages der SED in Berlin.

Seinen Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion an, wobei insbe-

## Gedenktage DER WOCHE

- 15. 10. 1814 M. J. Lermontow, russischer Dichter geboren.
- 16. 10. 1854 Karl Kautsky geboren.
- 17. 10. 1849 Frédéric Chopin, Komponist, gestorben.
- 1813 Georg Büchner, Dichter, radikaler Demokrat, geboren.
- 1760 St. Simon, franz. utop. Sozialist, geboren.
- 18. 10. 1931 Th. A. Edison, amerikanischer Erfinder, gestorben.
- 1777 Heinrich von Kleist, Dichter, geboren.
- 21. 10. 1878 Sozialistengesetz zur Unterdrückung der deutschen Arbeiterbewegung tritt in Kraft.
- 22. 10. 1811 Franz Liszt, Komponist, geboren.

## Hetze gegen die Sowjetunion bricht zusammen

Gegen die Greuelmeldungen, die täglich über die Lage unserer Kriegsgefangenen in der Sowjetunion verbreitet werden wendet sich unser sich in russischer Kriegsgefangenschaft befindlicher Freund Helmuth Schurig: „Ihr wißt, daß Kriegsgefangenschaft kein Vergnügen ist. Wir werden aber hier in jener Beziehung human und anständig behandelt. Ich glaube nicht, daß die Bevölkerung in Deutschland, wie wir 2200 bis 3600 Kalorien täglich erhält und sich außerdem noch zusätzlich Butter und Eier auf dem freien Markt kaufen kann. Bis jetzt sind aus der Sowjetunion fast nur Kranke entlassen worden, von denen eine Vielzahl durch freiwilliges Salzessen und Selbstbeschädigung die Krankheit selbst verschuldet haben. Bald werden die Gesunden eintreffen und die Wahrheit über unser Leben in sowjetischer Gefangenschaft berichten. Dann werden die Hetzer verstummen müssen.“ Lüge und Gemeinheit entlarven sich selbst und die Wahrheit bricht immer durch.

sondere hervorgehoben wurde, keine Zeit zu versäumen in der Mobilisierung der Betriebe gegen die erstarrende Unternehmerreaktion, wie sie in deren Absicht, in Würtemberg-Baden das Durchführungsgesetz zu Artikel 22 zu vereiteln, zum Ausdruck kommt.

Einen wesentlichen Raum nahm auf der Funktionärkonferenz die Behandlung der Gemeindewahlen am 7. Dezember auf Grund des jetzt durchgepeitschten Wahlgesetzes ein. Genossin Anette Langendorf legte in eindringlichen Ausführungen die sachliche Seite unserer Arbeit, die auf ein Mindestmaß von Zeit zusammengeknüpft sein wird, zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen am 7. Dezember dar. An der Aktivität unserer Organisation wird es liegen, ob das „Wahlklima“ am 7. Dezember so günstig für die Reaktion ist, wie diese es erhofft. Die stark besuchte Funktionärerversammlung, der in ihr herrschende Geist, versprechen, daß die Hoffnungen der Reaktionäre von der DVP und CDU zu Schanden werden. Die Kommunistische Partei wird ihre ganze Kraft einsetzen, den Kampf um die Gemeindewahlen zum Kampf um die Lösung der elementaren Lebensfragen des Volkes zu machen. Brot und Kohle in ausreichendem Maß für die Hungernden und Frierenden, ist der Kampfzweck.

## Wie wird man heute satt?



Nichts leichter als das, wenn man versteht, die Sache richtig zu starten; Da wird so 'n kleines Ding gedreht: Man lebt von gefälschten Karten!



Und andre, die leben vom schwarzen Markt (Die weit von der Arbeit entfernten) Die niemals am Aufbau geschippt und geharkt, Nie säen, doch immer ernten!



Dann gibt es 'ne dritte Kategorie. Die spielen die Klugen und Schläuen: Sie leiden an chronischer Kleptomanie, Auch die leben prima vom Klauen.



Es folgen die, die aus „eigener Kraft“, Durch Kompensationen sich mästen. Die „Sachwert-Besitzer“, die haben's geschafft, Sie leben von allen am besten.



Soll, der die Wirtschaft stützt und erhält, Nur hungern, wo andere rafften? Mitnichten! Er baut an der neuen Welt, Wo die essen, die dafür schaffen!

